

**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax : (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 11.04.2012

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 23. Sitzung des
Verkehrsausschusses vom 13.03.2012****öffentlich****4.1 Barrierefreie Umrüstung der Stadtbahnhaltestelle Neusser Str./Gürtel
hier: Wiedervorlage der Straßenplanung gemäß Baubeschluss vom
07.10.2010
5461/2010****Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 13.03.2012
AN/0411/2012**

Vorsitzender Waddey macht auf einen kurzfristig verteilten Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aufmerksam.

RM dos Santos Herrmann weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion dem Hauptverwaltungsvorschlag – aus ihrer Sicht eine Luxusvariante - bereits im ersten Beratungsgang eher skeptisch gegenüber gestanden habe. Jedoch sei auch die Forderung der Bezirksvertretung nach der Minimallösung unter dem Gesichtspunkt der Barrierefreiheit nicht durchführbar gewesen, so dass der nun vorliegende Antrag auf eine gute aber nicht zu kostspielige weitere Variante abziele.

Auch RM Tull wirbt für den eingebrachten Vorschlag, der aus ihrer Sicht zum einen Barrierefreiheit und zum anderen auch einen reibungslosen Verkehrsfluss gewährleisten sollte. Sie bitte die Verwaltung, insbesondere im Bereich der Wendeschleife auf einen barrierefreien Zugang zu den Bussen zu achten. Wichtig sei ihr auch, dass die nun auszuarbeitende Planung – vor einer Vorstellung im hiesigen Ausschuss - zunächst mit den Behindertenverbänden abgestimmt werde. Die große von der Verwaltung favorisierte Lösung sei städtebaulich sicherlich attraktiver und wünschenswerter; angesichts der desolaten Haushaltslage habe sich auch ihre Fraktion jedoch für einen Kompromiss entschieden.

Für die CDU-Fraktion schließt sich RM Möring den letzten Worten seiner Vorrednerin an. Vor einer endgültigen Festlegung möchte er jedoch noch wissen, ob die große Variante förderfähig sei und ob in diesem Fall beide Lösungen für die Stadt die gleichen Kosten verursachen würden. Dann würde seine Fraktion der großen Variante den Vorzug geben.

RM Kirchmeyer zeigt sich seitens der FDP-Fraktion etwas überrascht von dem sehr kurzfristig eingereichten Änderungsantrag. Da sie ihn zunächst mit ihrem Kollegen in der Bezirksvertretung abstimmen möchte, könne sie in der heutigen Sitzung noch kein Votum abgeben.

BG Streitberger macht deutlich, dass die Frage der Förderfähigkeit noch nicht abschließend geklärt sei. Fakt sei bisher lediglich, dass eine Förderung ohne Zustimmung der Behindertenverbände ausgeschlossen sei. Die kleinere Lösung habe derzeit keine Zustimmung, so dass man hier von einer Nichtförderfähigkeit ausgehen könne. Die größere Lösung hingegen habe das Einverständnis der Verbände und sei somit grundsätzlich zuschussfähig. Allerdings habe das Land bereits den vor einiger Zeit gefassten Beschluss zur Tieferlegung der Hochbahn angesprochen und darauf hingewiesen, dass sich dieser Beschluss mit der Vorschlagsvariante der Verwaltung zur Straßenplanung nicht im Einklang befinde. Herr Streitberger unterstreicht, dass somit ggf. das Risiko, den gewährten Zuschuss zurückzahlen zu müssen, im Raume stehe. Er werde dies allerdings bei einem weiteren Gespräch mit dem Land klären.

Die Wortwahl von Frau dos Santos Herrmann aufgreifend betont Herr Streitberger abschließend, dass er den Verwaltungsvorschlag nicht als Luxusvariante sondern als Selbstverständlichkeit empfinde. Es gehe hier vielmehr um eine anständige Lösung im Stadtraum an einem Ort, der aus seiner Sicht heute sehr unangenehm sei.

Vorsitzender Waddey schlägt vor, den Prüfauftrag heute zu verabschieden, damit die Verwaltung bereits in der kommenden Sitzung – nach Beteiligung der Bezirksvertretung - die erarbeiteten Prüfergebnisse vorstellen könne. Auch sollte die Verwaltung die Frage der Förderfähigkeit nochmals eruieren.

RM Möring nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Streitberger und möchte eine belastbare Aussage zur Förderfähigkeit abwarten. Er schließe sich daher dem Vorschlag von Frau Kirchmeyer an, die Beschlussfassung bis zur kommenden Sitzung zu vertagen.

RM dos Santos stellt klar, dass es sich hier um einen reinen Prüfauftrag an die Verwaltung handele und heute somit keine Entscheidung in der Sache selber getroffen werde. Mit einer Vertagung des Prüfauftrages in die in sechs Wochen stattfindende Sitzung sei keinem geholfen. Bei einer Verabschiedung des Prüfauftrages in der heutigen Sitzung hingegen könnten die Ergebnisse in der Sitzung am 08. Mai abschließend bewertet und auch ein abschließender, fundierter Beschluss gefasst werden.

Nach einer kurzen Diskussion über die weitere Vorgehensweise wird letztlich Einvernehmen erzielt, den ersten Absatz des Änderungsantrages zu streichen, um alle Optionen offen zu halten und die Frage der Förderfähigkeit zusätzlich aufzunehmen. Ausschussvorsitzender Waddey stellt den so modifizierten Antrag zur Abstimmung.

Die Beschlussfassung über die Verwaltungsvorlage wird **zurückgestellt**.

Mündlich modifizierter Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Planung gemäß Anlage 3 soll dergestalt geändert werden, dass durch geringfügige Anpassung der Verkehrsflächen vor dem Bezirksrathaus ein Buskap für Gelenkbusse errichtet wird, der mindestens für die ersten beiden Türen einen barrierefreien Einstieg ermöglicht und die erforderliche Abbiegemöglichkeit nach Süden gestattet.

Um einen optimierten Verkehrsfluss auf der Neusser Straße sowohl für den Individual- wie auch für den öffentlichen Nahverkehr zu realisieren soll in Südrichtung der Bau einer barrierefreien Busbucht gemäß der Anlage 2 verwirklicht werden. Das zur optimierten Buslinienführung in Nordrichtung erforderliche Buskap ist auf Basis der Anlage 2 so anzuordnen, dass während des Bushalts der PKW-Verkehr auf der Neusser Straße im Bereich der Haltestellen in beiden Richtungen möglich ist. Alle neugeordneten Verkehrsflächen sind mit taktilen Leitelementen für Sehbehinderte und Blinde zu ergänzen. Dies schließt die Flächen bis zu den Abgängen zur U-Bahn mit ein. Durchgängige Schutzstreifen für Radfahrer auf der Neusser Straße sind vorzusehen. Bäume sind soweit möglich zu erhalten, ansonsten im nahen Umfeld zu versetzen oder neu zu pflanzen.

Zur Gewährleistung der Buslinienführung ist die Einrichtung einer Linksabbiegemöglichkeit für Busse von der Friedrich-Karl-Straße in die Neusser Straße vorzusehen. Diese bauliche Maßnahme ist nach Möglichkeit bis zum Fahrplanwechsel im Dezember 2012 umzusetzen, da sie eine Voraussetzung ist für den geplanten Umbau der Bushaltestellen.

Die Ergebnisse der Prüfung sind dem Verkehrsausschuss in der nächsten Sitzung vorzulegen.

Zudem wird die Verwaltung beauftragt, eine belastbare Aussage zur Förderfähigkeit der Varianten vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt